

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

104 (7.11.1946)

Frieden der Vernunft

Von Walter Schwerdtfeger
Die politische und wirtschaftliche Verflechtung aller Nationen ist heute so eng, daß die Welt nicht gesunden kann, wenn ein Staat krank und damit ein Infektionsherd ist.

Diese Einsicht hat sich weitgehend bei den verantwortlichen Staatsmännern des Auslandes durchgesetzt. Der Vordringlichkeit des deutschen Problems trägt die jetzt in New York tagende Außenminister-Konferenz Rechnung, die sich mit dem Entwurf des Friedensvertrages für Deutschland befaßt.

Trotzdem: man muß sich hüten, hinsichtlich der New Yorker Außenministerkonferenz optimistisch zu sein. Die lange Dauer und die Resultate der Pariser Konferenz warnen. Es ging dort um leichtere Fragen als die deutsche.

Wie die Dinge liegen, ist eine direkte deutsche Einflußnahme unmöglich. Aber Deutschlands Situation spricht für sich selbst. Es braucht die Einheit, es braucht eine Industriebasis, die seinen Menschen Arbeit, die seinen Menschen Brot gibt.

Deutschland am Ende seiner Kraft

Ministerpräsident Maier über deutsche Belange auf der 14. Tagung des Länderrats — „Uns brennt die Not auf den Nägeln“

Stuttgart, 6. Nov. (dona) Auf der 14. außerordentlichen Tagung des Länderrats, zu der als Gäste auch der stellv. Militärgouverneur der US-Zone, Generalleutnant Lucius D. Clay, und Generalmajor S. A. Keating erschienen waren, hielt zu Anfang Ministerpräsident von Württemberg-Baden, Dr. Reinhold Maier, der augenblickliche Vorsitzende des Länderrats, eine Rede, in der er u. a. folgendes erklärte:

„Am 17. Okt. 1945 wurde in Stuttgart der Rat der Ministerpräsidenten der US-Zone geschaffen und am morgigen Tag, dem 6. November 1946, ist ein Jahr verflossen, daß dieser Länderrat seine erste Arbeitssitzung hielt. Die Besprechungen über den Friedensvertrag mit Deutschland stehen bevor. Die besiegten Völker, selbst Japan, wurden in ihrer staatlichen Organisation erhalten, um allein wurde sie vollständig genommen. Im 18. Monat nach der Kapitulation gibt es keine deutsche Regierungsstelle, die für Deutschland das Wort zu ergreifen berechtigt wäre.“

Weiter erklärte Dr. Maier: „Der Länderrat der US-Zone ist das erste Teilstück des deutschen Staatslebens, das im Vergleich mit allen anderen Zonen die bedeutsamsten Fortschritte erzielt hat. Der Gewinn, den unsere Länder aus dieser raschen und wirkungsvollen Konsolidierung gezogen haben, springt in die Augen, und wir verdanken es der Initiative der amerikanischen Militärregierung, daß uns großartig politische Freiheiten und staatsrechtliche Befugnisse in einem Augenblick eingeräumt wurden, als nach einem Krieg voller Grausamkeit noch nicht ein halbes Jahr die Waffen ruhten und die bedingungslose Kapitulation erzwungen worden war.“

„Genug der Vernichtung und Zerstörung“
Der Zonenrat der britischen Zone soll eine Ausgestaltung nach Art des Länderrates der US-Zone erhalten. Er soll gemeinsame Sitzungen mit dem Länderrat durchführen, um gemeinsame Angelegenheiten der Länder zu diskutieren. Uns brennt die Not auf den Nägeln. Deutschland ist nun, nachdem der Krieg zu Ende ist, auf Grund des mit Herrn Hetz abgeschlossenen Vertrages das Geschäft wieder übernehmen. Hiergegen erreichte zunächst Herr Hetz bei der Stadtverwaltung, daß diese den zwischen der Hauseigentümerin und Frau Rummel über das Ladengeschäft bestehenden Mietvertrag zu seinen Gunsten aufgehoben hat.

Haben Sie schon ein Care-Paket? Nein? Zu Weihnachten treffen weitere 145 000 in Bremen ein, eins davon, wer weiß, vielleicht für Sie. Dank der Cooperative for American Remittances to Europe, abgekürzt Care, Care heißt aber auch Sorge, und die haftet an dem Care-Paket. Wer eines bekommen soll, sorgt sich, ob es auch heil ankommen wird, wer keines bekommt, sorgt sich erst recht.

durch die Hinauszögerung der Friedensverträge. Wir hoffen, daß die Menschenrechte und die Menschlichkeit in der ganzen Welt uneingeschränkt und unbedingt herrschend sind, so daß die Fesseln von uns genommen werden. Sonst geht es trotz aller Bemühungen der Besatzungsmacht und von uns selbst mit uns zu Ende. Unsere Nachbarn müssen uns helfen, Europa aufzurichten. Die Welt hat genug und über genug Zerstörung und Vernichtung erlebt und gesehen.“

Aufbau und Aufgaben des Länderrats
Der Generalsekretär des Länderrates, Erich Roßmann, gab anschließend eine Uebersicht über den Aufbau des Länderrates und die Durchführung seiner Aufgaben. Der ganze Apparat des Länderrates werde einen Kostenaufwand von rund 1 1/2 Mill. Mark jährlich beanspruchen. Die Mitarbeiter wurden ausschließlich unter dem Gesichtspunkt fachlicher Qualität und Eignung ausgewählt, mußten aber selbstverständlich politisch unbelastet sein. Bezüglich der Zonenwirtschaft erklärte Roßmann, daß die wirtschaftliche Einheit in der US-Zone am weitesten fortgeschritten sei. Dies sei eine der wesentlichsten Leistungen des Länderrates. Im Mittelpunkt der Arbeiten stehen die Sozialversicherung, das Betriebsrätegesetz, das Arbeitsgerichtsgesetz und das Versorgungsgesetz. Auf Anordnung der amerikanischen Militärregierung arbeitet der Ausschuss eine Neuordnung der Sozialversicherung aus.

Als eines der schwierigsten Probleme bezeichnete der Generalsekretär die Frage der Neubürger, deren Lage nur durch die Zusammenarbeit aller hilfsbereiten Menschen erträglich gemacht werden könne. „Die Rechteinheit und die Gleichheit der Rechtentwicklung“, sagte Roßmann weiter, „sind fundamentale Voraussetzungen jeder nationalen Einheit. In Erfüllung dieser Aufgabe hat der Rechtsausschuß in dem vergangenen Jahr zahlreiche Rechtsfragen erörtert, Gesetze und Verordnungen ausgearbeitet und zu Entwürfen anderer Ausschüsse gutachtlich Stellung genommen. Sein wichtigstes Werk war das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus. Das höchste Ziel des Länderrates sei von Anfang an die Beilegung der Zonengrenzen gewesen. Vorläufig sei die Entwicklung in dieser Richtung mit der amerikanischen und britischen Zone abgeschlossen. Damit sei aber nur ein Anfang der wirtschaftlichen und politischen Einheit ganz Deutschlands gegeben.“

Volksvertretungen und Parteien
„Die Einschaltung der Volksvertretungen in die gesetzgebende Arbeit ist uns alten Parlamentariern ein Gebot selbstverständlicher demokratischer Praxis. Die Gesetzgebungsarbeit ist Sache der Volksvertretung. Deutschland sei noch viel zu krank, um sich „eine selbstmörderische Zerfleischung der Parteien

untereinander leisten zu können“. Niemand könne die alleinige Verantwortung für diesen „Patienten“ übernehmen, nur durch gemeinsame Anstrengungen könne er einem gesunden Leben entgegengeführt werden. „Erst wenn wir das erreicht haben“, sagte Roßmann, „mag der Kampf um die Macht, der der Sinn aller politischen Tätigkeit ist, wieder in den Vordergrund gerückt werden. Von Einheitsparteien und Diktaturen haben wir genug. Aber auch der Kampf um die Macht muß mit anständigen Mitteln geführt werden, sonst wäre die Meinung berechtigt, daß wir den Nationalsozialismus, nicht aber die moralische Verumpfung, die er ja im deutschen Volk gefördert hat, losgeworden seien.“

Maria Sevenich im Hungerstreik
Hamburg, 6. Nov. (dona) In einem am 29. Oktober an das Hauptquartier der britischen Zone gerichteten Schreiben teilte Maria Sevenich unter Darlegung ihrer Beweggründe mit, daß sie aus dem Gefühl der Solidarität mit ihren leidenden Mitmenschen heraus von nun an auf jede Nahrungsaufnahme verzichten werde. Sie will den Hungerstreik solange fortsetzen, bis „mein Gewissen über den kommenden Winter und die für mein Volk zu findende Lösung beruhigt sein kann.“ Zum Abschluß des Briefes bittet sie diese Haltung nicht mit ihrer parteipolitischen Stellung zu identifizieren. Sie handle rein als Person auf eigene Verantwortung.

Erklärung Dr. Adenauer
Hamburg, 6. Nov. (ap) Dr. Adenauer, der Vorsitzende der CDU in Westdeutschland, erklärte am 5. d. Mts. einem britischen Pressevertreter, die Partei distanziere sich von dem Hungerstreik Maria Sevenichs. Im Prinzip sei er mit einem Protest gegen die „unbeschreibliche Verelendung“ des deutschen Volkes einverstanden, aber die Ausführung des Protestes durch Maria Sevenich entspräche nicht den Absichten der CDU.

Gandhi will fasten bis zum Tod
Patna (Ind.), 6. Nov. (dona-Reuter) Gandhi will bis zum Hungertode fasten, wenn die örtlichen Unruhen in der vorwiegend von Hindus bewohnten Provinz Dinar nicht innerhalb 24 Stunden beendet werden.

Nicht kleinliche Rache
Stuttgart, 6. Nov. (dona) Mit 10 000 Plakaten forderte das Ministerium für politische Befreiung, Württemberg-Baden, die Bevölkerung des Landes zur Mitarbeit bei der politischen Befreiung auf. „Das Befreiungsgesetz soll und wird nicht kleinlicher Rache dienen“, so heißt es in dem Aufruf, „es muß uns jedoch befehlen von jedem Einfluß der Vertreter und Anhänger der verhängnisvollen Irrlehren, die unser Volk innerhalb eines Menschenalters zum zweiten Male tiefste Elend gestürzt haben.“ Es soll aber gleichzeitig denen, die mit dem Nationalsozialismus innerlich nichts zu tun hatten, sondern mit ihm lediglich aus politischer Unreife, Schwachheit oder aus Existenzzwang eine rein äußerliche Bindung eingingen, in gerechter Abwägung ihrer Haltung den Weg in die Zukunft öffnen. Die Spruchkammern, erfüllt von dem Streben nach Gerechtigkeit, bemühen sich, in jedem einzelnen Falle wahrhaft rechtssprechend eine große Zahl wirklich Belasteter, die im sogenannten „dritten Reich“ an den verbrecherischen Handlungen seiner verantwortlichen Führung teilnahmen, haben sich vor dem Abgabetermin der Meldebogen an kleinere Orte begeben, wo man von ihrem Verhalten nichts weiß. Andere wieder, die sich ebenso vergangen haben, jedoch nominell ganz unbelastet sind, sie waren so vorsichtig, sich nicht offiziell zum Nationalsozialismus zu bekennen — fühlen sich heute unter dem Schutz ihres „weißen Meldebogens“ sicher.

Für die Klagerhebung, so heißt es in dem Aufruf weiter, stehe dem öffentlichen Kläger zunächst nur der Meldebogen zur Verfügung. Es müsse daher die Mitarbeit der gesamten Bevölkerung einsetzen, um unter Überwindung von Feigheit, Bequemlichkeit oder irgendwelchen anderen Motiven dem öffentlichen Kläger alles wirklich belastende Material klüger mitzuteilen. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Wer jetzt schweigt, hat später kein Recht zur Kritik!“

Bidault befriedigt
Marseille, 6. Nov. (dona-Reuter) Ministerpräsident Bidault gab am 4. d. Mts. seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die USA und Großbritannien den französischen Anspruch auf die Saar unterstützen.

Stimme der Parteien

Jakob Kaiser verlangt Nationalversammlung
In einem Interview nahm Jakob Kaiser, der erste Vorsitzende der CDU, zu der Rede des englischen Außenministers Bevin im Unterhaus Stellung. Er gab der Zustimmung aller demokratischen Kräfte in Deutschland Ausdruck, daß Außenminister Bevin jede Sicherung gegen die Rückkehr einer Diktatur und einer Angriffspolitik in Deutschland verlangt habe.

Die Auffassungen der CDU zum Verfassungsgesetz für das deutsche Volk basieren auf dem Gedanken der Demokratisierung und gipfeln in dem Willen zur Entwicklung eines gesunden föderativen Systems. Jakob Kaiser schlägt vor, daß an die Stelle des von Bevin befürworteten deutschen Nationalrates eine freie Demokratie gewählte Nationalversammlung trete. Eine Zentralregierung, die aus zwei Kammern bestehe, habe auch die Union als zweckmäßig bezeichnet.

Im weiteren Verlauf des Interviews begrüßte es Jakob Kaiser, daß England ebenso wie die Vereinigten Staaten die Rheinländer Vorschläge hinsichtlich des Rheinlandes ablehnte, gab aber seiner Enttäuschung Ausdruck, daß die französischen Vorschläge über das Saargebiet akzeptiert werden sollten. Mit behaarter Anteilnahme habe das deutsche Volk die Darlegungen Bevin über die Obergrenzen aufgenommen und sei gewiß, daß auf die Dauer nicht die gebotenen Konsequenzen unterbleiben könnten, da die der polnischen Verwaltung unterstellten früheren deutschen Gebiete eine Wildnis würden, die die Polen nie bevölkern könnten.

Weiterhin gab Jakob Kaiser der Auffassung der CDU Ausdruck, daß die Einsetzung deutscher Gerichte notwendig sei, um unter eigener Verantwortung mit aller Schärfe und Gerechtigkeit die großen Schuldsitzen zur Verantwortung zu ziehen. Das Bekenntnis Bevin zum Potsdamer Abkommen mit seinen grundlegenden Gedanken zur Behandlung Deutschlands als Wirtschaftseinheit begrüßte Jakob Kaiser lebhaft und verwies in dem Interview ferner darauf, daß das sogenannte Industrieplan zur Beschränkung der deutschen industriellen Kapazität überall in Deutschland große Sorgen hervorgerufen habe. Er erklärte, man solle nicht, beschränken, abbauen oder zerstören, was für Rüstungszwecke nicht unmittelbar geeignet, wohl aber für friedliche Zwecke durchaus nutzbar sei. Das gelte z. B. für die Stahlproduktion und andere wichtige Wirtschaftszweige. Auch die Union wolle nicht, daß wirtschaftliche Machtzentren noch einmal politisch und sozial zum Schaden des deutschen Volkes und der Welt mißbraucht werden könnten. Können man diese Machtzentren nicht auflösen, dann sollte man sie in die Hände der Allgemeinheit legen.

Zum Schluß des Interviews gab Jakob Kaiser abermals dem Wunsche nach Beseitigung der Zonengrenzen und nach Schaffung einer zentralen Verwaltung Ausdruck und wiederholte die Worte Bevin: „Deutschland muß sobald als möglich wieder auf eigenen Füßen stehen.“ Je eher das verwirklicht werde, umso schneller würde Deutschland auch seine Pflichten gegenüber der Welt erfüllen können.

Christi. demokr. Union.
Geßner contra Dr. Pfeiffer
München, 6. Nov. (dona) Dr. Anton Pfeiffer, der bayerische Staatsminister für politische Befreiung, hat am 4. d. Mts. in einem Brief an den Chef der amerikanischen Nachrichtenkontrolle in Bayern, Oberst B. McMahon, seine Zusage zu der für den 7. November vorgesehenen öffentlichen Diskussion mit dem Münchener Radiokommentator Herbert Geßner offiziell zurückgenommen.

Zu dieser Tatsache teilte Geßner im Münchener Rundfunk folgendes mit: Ich bedauere das außerordentlich und habe die Fragen, die ich an Herrn Dr. Pfeiffer in dieser Diskussion zu stellen beabsichtige, nunmehr der deutschen Allgemeinen Nachrichtenagentur und damit der Presse und der Öffentlichkeit übergeben. Selbstverständlich stehe ich jederzeit vor einem Gericht für meine Behauptungen ein.

Der Beamte
Der Beamte hat ein Amt, daher sein Name. Er ist beamtet, also mit dem Amt behaftet. Zu dem Amt gelangt er durch eine Laufbahn, eine mittlere, gehobene oder höhere Laufbahn. Gewöhnlich kommt er nur langsam auf der Laufbahn voran, weil er am Amt haftet oder klebt. Je länger er beamtet ist, desto größer seine wohlverworbenen Rechte. Er leitet sie aus seiner Zugehörigkeit zum Amt ab, das ihm der Verstand verleiht. Wenn der Verstand es weht, dem gibt er auch den Verstand. Es weht ein Zauber um die Worte: Amt und amtlich. Was ein gewöhnlicher Mensch spricht, ist amtlich. Man merkt den Unterschied. Der Beamte hat daher etwas Gehobenes, das sich in seinem ganzen Wesen äußert. Im Zivilleben verleiht es sich nicht ganz, es offenbart sich in Blick und Haltung, die sich potenziert im Amt ausdrücken. Diese Haltung ist stramm und krümmt sich nur vor dem Vorgesetzten. Seine Stimme ist scharf und bestimmt, jedem Scherz abhold, wie gesagt, amtlich. Nur dem Vorgesetzten gegenüber gewinnt sie ungehobenen Schmelz. Im ganzen hat das Sonderwesen Beamter etwas Stattes. Offizielles. Seine Zugehörigkeit zum Amt erhebt ihn über die misera plebs der Nichtbeamteten. Hinter ihm steht die Behörde. Sie stiftet sein Rückgrat, sie verleiht ihm ge-

Antwort an den LpV

derzusetzen. Eine Entscheidung, wonach ein Mietvertrag zu Gunsten der Frau Rummel aufgehoben wurde oder Herr Hetz gar das Ladengeschäft zu räumen hätte, hat die Stadtverwaltung, niemals getroffen.
Was die Stadtverwaltung in vorstehender Sache getan hat, ist nichts anderes, als daß sie deutlich von dem im Dritten Reich geübten Methoden, durch Verwaltungsentscheidungen in das Gerichtsverfahren einzugreifen, abgerrückt ist. Es handelt sich im vorliegenden Falle um eine private Streitigkeit zwischen Herrn Hetz und Frau Rummel, über die nach geltendem Recht allein ein unabhängiges Gericht entscheiden darf. Es müßte in einem demokratischen Staat nicht nur als ein schweres Unrecht sondern auch als Verletzung eines der höchsten Grundsätze einer unabhängigen Rechtsprechung angesehen werden, wenn die Stadtverwaltung einem schwebenden Gerichtsverfahren durch eine Verwaltungsfügung zu Gunsten der einen oder anderen Partei vorgeföhrt wolle.
Ob es richtig war, im vorliegenden Falle die Öffentlichkeit anzurufen, und den Versuch zur persönlichen Diskreditierung führender Persönlichkeiten der Stadtverwaltung zu machen, ist zu bezweifeln.
gez. Heinrich T. Bürgermeister.

Grillenfang

Haben Sie schon ein Care-Paket? Nein? Zu Weihnachten treffen weitere 145 000 in Bremen ein, eins davon, wer weiß, vielleicht für Sie. Dank der Cooperative for American Remittances to Europe, abgekürzt Care, Care heißt aber auch Sorge, und die haftet an dem Care-Paket. Wer eines bekommen soll, sorgt sich, ob es auch heil ankommen wird, wer keines bekommt, sorgt sich erst recht. Man muß jemand haben, der überm großen Teich 15 Dollar einzuzahlen bereit ist, Wohl dem, der solche Verwandten hat. Sonst liebt man die lieben Verwandten nicht, aber jetzt sucht mancher verzweifelt im Ahnenpaß aus dem „Tausendjährigen“ nach dem Onkel in Amerika. 40 000 Kalorien knüpfen mit Erfolg Verwandtschaftsbande, die so abgerissen sind, wie die meisten Deutschen. Es gibt auch andere, die Gerissenen, die auch so über genügend Kalorien verfügen. Woher sie ihre Leiber müssen, bleibt dem Durchschnittsmenschen unerklärlich. Hier waltet ein Rätsel. Überall klaffen Versorgungslücken. Versorgungsgenüsse, die Allgemeinheit ist zuzugassen Lückenbüßer, aber die Gerissenen wissen in den Enghissen und Lücken alles möglich zu finden, was nach behördlicher Feststellung gar nicht darin sein kann. Wo kommt es nur her? Die Behörde, immer noch gern Braunauer Terminologie gebrauchend, „erfaßt“ restlos alles. Und daß der Bauer, wie gehässige Witzblätter behaupten, jetzt auch den fehlenden Teppich für den Kuhstall hat und nur noch Interesse an Gold und Silber bekundet, ist erstunken und erlogen. Der Bauer liefert restlos alles ab. Wir glauben das, denn das Wunder ist des Glaubens liebtes Kind. Und ein Wunder ist es, daß bei restloser Ablieferung und restloser Erfassung dennoch im Schutze der Dunkelheit rucksackbeschwerte Gestalten nahhafte Dinge zu den schmunzelnden heimischen Penaten schleppen, Dinge, wie gesagt, die restlos erfaßt und also außermarkenmäßig über-

haupt nicht zu haben sind. Die Penaten schmunzeln und die Augen lächeln. Geschmackslos, ein Wort gegen die nächtlichen Zauberer zu sagen. Sie sind es, deren Zunge fein bleibt, die in Fragen des Geschmacks noch ein Urteil haben und daher mit Autorität die Qualität des zugeleiteten Puddingpulvers und der amerikanischen Fischkonserven verurteilen. Ihnen ist es zu verdanken, daß der ständig erfolgreich bekämpfte schwarze Markt noch nicht zum Erliegen gekommen ist und hübsche Witze kolportiert werden können, des Inhalts etwa, daß, scheinbar die rote Sonne sehr heiß, wir alle gar rasch gebrüht werden könnten. Sie sind mit dem Gang der Dinge, mit der Denazifizierung, die oft verzweifelt einer Renazifizierung ähnelt, recht zufrieden, sie haben es mächtig hinter den Ohren, die Guten. Sie gehen zur Kartenstelle und gehen zur Hamsterstelle, Doppelgänger ihrer selbst. A propos, Doppelgänger. Daß Hitler mindestens ein solches zweites Ich gehabt hat, ist nun erwiesen. Die Ohren des Doppels waren von dem Original verschleudert. Ob man das Double verbrannt hat und das Original irgendwo noch frei herumläuft? Wilhelm F. Fernlich, der frühere Leiter des amerikanischen Geheimdienstes, hält es für möglich, weil man keine Knochen des Verbrannten gefunden habe. Sollte er noch leben, wie es neuerdings auch wieder von Bormann behauptet wird, wird sie über kurz oder lang der Knochenmann erellen. Für sie gibt es kein come lack, wie es jetzt Max Schmeling plant, der mit 41 Jahren wieder in den Ring steigen will. Warum nicht, die Generation der Vierziger steht heute überall in der Arena und wird solange fighten müssen, bis der Nachwuchs die Handschuhe anziehen kann. Vorrauf gibt es genug, die das nicht können, weil sie einfach keine mehr haben. Es gibt keine Wolle und kein Leder. Es hilft nichts, darüber: in die Wolle zu geraten. Die Zeit ist eben etwas ledern. Wertinstens gibt es für die Frauen ein gut Botenschaft: die Strümpfe aus Moskitonetzen. Aber

wieviel Moskitonetze werden in Deutschland schon vorhanden sein? Und neue Moskitos zu fangen, dazu fehlt es uns an Besitz im schwarzen Erdteil. Bei uns sieht es zwar auch schwarz genug aus, aber Moskitos kann man trotzdem nicht fangen. Viele fangen statt dessen Grillen und die meisten sind grilliger Verfassung. Vielleicht bringt uns die neue Verfassung in bessere Verfassung.

Fassen wir uns inzwischen in Geduld.
Qualpopolka.

Der Beamte

steigertes Selbstbewußtsein, ja nahezu Unfehlbarkeit. Kann sich der höhere Beamte hin und wieder aus der Fülle geschertem Menschlichkeit gestatten, so heißt sie bei dem kleineren und mittleren Beamten, sich etwas zu vergeben. Sie äußert sich in Distanz. Besonders beliebt ist ihrer Aufrechterhaltung sind Schranken und Schalterfenster. Hinter solchen thront der Beamte, und tut etwas Amtliches, bei dem ihm Publico nicht zu stören hat. Das beliebteste Mittel, jede Störung fernzuhalten, ist das Abschließen der Tür oder das Herunterziehen des Schalterfensters. Man sieht hinter selbstigen den Beamten mit unabhärrer, gewichtiger oder erhabener Miene, Zeitung lesend, Brote kauend, Fingernägel reinigend, mit einem Kollegen schwätzend, aber das Schild „Geschlossen“ rückt ihn dem Publikum in unerreichbare Ferne. Im sogenannten Publikumsverkehr bevorzugt die Kürze des Befehls. „Warten Sie, bis Sie gefragt werden.“ „Das interessiert mich nicht, ich habe meine Vorschriften.“ „Der Nächste!“ „Sagen Sie gleich, was Sie wollen!“ „Können Sie nicht lesen?“ „Im Schriftverkehr der Höflichkeit er souveräne Verachtung jeder Höflichkeit. „Sie werden ersucht...“ „Sie werden am soundsovielten...“ einzufinden.“ „Sie werden aufgefordert, sich unverzüglich...“ „Der Gesuch wird hiermit abschlägig beschieden.“ „Widerspruch gegen diesen Entscheid ist unzulässig.“ „Gemäß Paragraph soundso, Absatssowieso, haben Sie sich...“
Vielfach hat er eine Reihe von Dienstjahren beim Kommiß abgerissen, ist „Zwölfender“ und infolgedessen allem Zivilen — zivil heißt höflich — vollständig abgeneigt. Was Höflichkeit die Instruktion ist maßgebend, die Dienstvorschrift! Steht etwas von Höflichkeit darin, bleibt es außerhalb seines Horizontes. Er ist konservativ auch als Demokrat. — In Ihrer Behörde Herr Amtsvorsteher, oder welche Titel Sie schmückt, gibt es diesen Beamten natürlich nicht mehr. Immer nur bei den anderen.

Donnerstag, 7. November 1946
Taus
Da es bestellt absolut erworbene die originalen Trüben Anzugstücken. Ein Ziege ge Aehnliche Fabri dem Zuck küchlich Leica, di zum Kau Bewerber die me genannter „Dief me haften“ P Tauschwä irdend w Ihnen Friedens in sechs zufriede von 63 677 rie war Prozen spruch na 22 Prozen Diese 2ung bew kum nach steigern.
Interz Thüdinge Paul. Thü schäftsbe Donnerst strie- un Sprchtag ringen ha sich an d tags bei Karlstraße.
Anmeld sicherung wie Wert bereits ver Versicher st hat welsen au gemischt Brennst drauf hin schweben stehenden. Schen. Gr auf auf die durch Baggers e überu Ehrendi Treffpunk am Stamne „Die Ka die Mu in der Ka
Bad. Sta „Zoc
Wenn inszenier Albert Lo Bekennni einem Stü en des dies in das We deutschen in die F für die 5 auch die Vollender lich klare ketten gew Entschluß Erzwängung dem Hin- zucht zu seiner Wer kann“ — weniger ab dgeigt tun anderen Pr ten entgeg Neunszmi am Bad. S friedigende diesen beid und her in Vorstellun zu keiner Walter F. frisches M tive Antw handwrick gestalt. D die Deutlic und die r und noch

